Wider die Deformation der Kirche.

- 1.) Eine Reformation oder Erneuerung wird der Kirche Jesu Christi von Gott geschenkt durch sein Wort und durch seinen heiligen Geist, wann und wie er es will.
- 2.) Eine Deformation oder Verkehrung der Kirche tritt ein, wenn der Menschengeist sie nach seinem Plan und Willen vergewaltigt.
- 3.) Eine solche Deformation der Kirche haben wir heute vor uns. ^{(Als Konsequenz der Auflösung der altpreussischen Kirche durch die} ~~Die~~ ^{den Krieg über die unzureichende Berücksichtigung der altpreussischen Kirche im Grundgesetz notwendig geworden,} hinter uns liegenden Kirchenwahlen) ~~standen~~ unter politischem Druck und Zwang. So wurde ihnen ihr kirchlicher Charakter genommen. Nicht nur das Recht der Kirche, sondern sie selbst ist dabei in ihrem innersten Wesen aufs tiefste verletzt worden. Ein fremder Geist hat sich ihrer bemächtigt.
- 4.) Insbesondere sind in der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union alle Kirchenvertretungen in Gemeinden, Kirchenkreisen, Kirchenprovinzen und Gesamtkirche derart zustande gekommen, daß sie als kirchliche Körperschaften im Sinne der Verfassungsurkunde bzw. der Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen nicht anerkannt werden dürfen. (Maßgebend Art. 14-19 V.U. §§ 10. 11. 14. 19 K.O.)
- 5.) Daher entbehren die beiden von der letzten altpreussischen Generalsynode beschlossenen Gesetze über die Errichtung des Landesbischöflichen Amtes und von Bistümern sowie betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten des kirchlichen Charakters und der für Kirchengesetze notwendigen Rechtsgrundlage.
- 6.) Das Zustandekommen beider Gesetze bedingt auch den widerkirchlichen Charakter ihres Inhalts. Der weltliche Führergedanke und der weltliche Eignungsgrundsatz unserer Tage, die beide im Raume der Kirche dem Worte Gottes widersprechen, werden in den Gesetzen zur geltenden Norm erhoben. Damit hat die Generalsynode den in der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (Art. 1 und 4, Abs. 1) feierlich garantierten Bekenntnisstand verletzt.
- 7.) Hätten die beiden genannten Gesetze die nötige Rechtsgrundlage,

so müßten ^{aufheben} nach Art. 161, Abs. 2 V.U. rechtmäßig gewählte Provinzialsynoden der beiden westlichen Kirchenprovinzen gehört werden, da durch diese Gesetze die Kirchenordnung nicht nur geändert, sondern geradezu aufgehoben würde. Bei einer Entscheidung über diese oder eine ähnliche, das geistliche Leben der Kirche betreffenden Frage könnte die Provinzialsynode als Presbyterium der Provinzialgemeinde ihre Vollmacht und Verantwortung, über das Leben der Provinzialgemeinde zu wachen, nicht einfach dem Provinzialkirchenrat übertragen. Auch wäre zu beachten, daß die presbyterial-synodale Verfassung unserer Kirchenordnung, insofern sie nach Form und Inhalt für viele Gemeinden ein Teil des Bekenntnisses selbst ist, überhaupt nicht abgeschafft werden darf.

- 8.) Gebunden allein an Gottes Wort und die reformatorischen Bekenntnisse, fordern wir Zurückziehung der in der altpreußischen Generalsynode beschlossenen beiden widerkirchlichen Gesetze und eine von jedem fremden Druck und Zwang freie Neuwahl sämtlicher kirchlichen Körperschaften in Rheinland und Westfalen.
- 9.) Für die beiden Westprovinzen fordern wir bei der kirchlichen Neuordnung einen von allen kirchenfremden Elementen befreiten presbyterial-synodalen Aufbau der Kirche, wie er zur Ausrichtung ihres Dienstes nach Gottes Wort notwendig ist.
- 10.) Im einzelnen heißt das, daß auf allen Stufen der kirchlichen Vertretung das ~~freie~~ Wahlrecht ^{nach der V.U. und KO} gewährleistet wird, in den Gemeinden für Presbyterium, Pfarrer und Kreissynodalvertreter, in den Kreissynoden, den Provinzialsynoden und der Generalsynode für die Vorstände und leitenden Männer, und daß diesen Körperschaften nach wie vor die Leitung und Pflege des kirchlichen Lebens verantwortlich übertragen bleibt.